

Niederschrift

über die **öffentliche Sitzung der Struktur- und Sparkommission am 19. Juli 2010** im Sitzungssaal des Schlosses Schönau

Anwesend

1. Bürgermeister Weissbrodt

Ortsvorsteher Gehr
Ortsvorsteher Sauer
Ortsvorsteher Thelen

2. Die Stadträte

Hansmann, Koubik, Maier, Schoo, Schwarz-Gröning, van Veen, Walter, Haueisen, Pfeiffer

Entschuldigt gefehlt: Stadträte Ays, Biendl, Cremer-Ricken, Haus

Als Zuhörer: Stadträte Borho, Döbele, Friedlmeier, Gürakar, Vögtle

3. Kreisjugendreferentin Vollmer-Freda, Landratsamt Waldshut

4. Vertreter des Jugendparlaments

5. Verwaltung:

Personalratsvorsitzende Burkert
Stadtkämmerin Huber
Stadtbauamtsleiter Rohrer
Stellvertretender Baurechtsamtsleiter Koller
Rechts- und Ordnungsamtsleiterin Schwerdtner
Technischer Dienst-Leiter Strittmatter
Personalabteilungsleiter Werner
Persönliche Referentin des Bürgermeisters,
Frau Wöhrle-Metzger
Kinder- und Jugendreferent Knorre

Entschuldigt gefehlt: Bauverwaltungsleiter Weiß

6. Hauptamtsleiter Lau als Protokollführer

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.55 Uhr

Eingangs der Sitzung weist der **Bürgermeister** auf die Notwendigkeit hin, zumindest zwei weitere öffentliche Sitzungen der Struktur- und Sparkommission abzuhalten. Als Termine werden einvernehmlich der 20. September 2010 und der 11. Oktober 2010 festgelegt.

Weiter informiert der **Bürgermeister**, dass er vor kurzem ein Gespräch mit dem Vereinsvorstand des „Hauses Fischerzunft e.V.“ geführt habe. Der Verein sei grundsätzlich bereit, einen Sparbeitrag zu leisten. Über Details werde er den Ausschuss bei Gelegenheit unterrichten.

Anschließend werden die Beratungen über Einsparungs- und strukturelle Maßnahmen im Bereich der Einzelpläne 4 und 5 des städtischen Etats fortgesetzt.

Einzelplan 4

Seniorenfeiern, Veranstaltungen

Der **Bürgermeister** erklärt, dass die Veranstaltung eines Altennachmittages im Kursaal mit jährlich € 7.000,-- veranschlagt sei. Die Feier treffe bei den Senioren auf große Resonanz.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Jugendhilfe

Der **Bürgermeister** beziffert das Defizit im Bereich Jugendhilfe auf € 29.000,--. Die Position beinhalte das Kinderferienprogramm, die Hausaufgabenbetreuung und Zuschüsse für den Stadtjugendring.

Auf Anfrage von **Stadtrat Pfeiffer** hält es der **Bürgermeister** für denkbar, dass Zuschüsse für die KJG direkt bei der Stadtverwaltung beantragt und abgerufen werden können.

Stadtrat Hansmann sieht die Mittel für die Jugendhilfe gut angelegt.

Stadträtin Vögtle macht auf die Ganztagesbetreuung in der Hans-Thoma-Werkrealschule aufmerksam. Vor diesem Hintergrund stelle sich für sie die Frage, ob die Mittel für die Jugendhilfe noch in vollem Umfang beansprucht werden müssten.

Stadtrat Maier erwidert, dass die beiden unterschiedlichen Haushaltspositionen nichts miteinander zu tun hätten und deshalb auch nicht verquickt werden dürften.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Soziale Einrichtungen für Ältere

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Andere soziale Einrichtungen

Der **Bürgermeister** äußert, dass die Stadt pro Jahr Zuschüsse in Höhe von € 29.000,- an „andere soziale Einrichtungen“ leiste. Hiervon seien insbesondere das Dorfhelferinnenwerk Sölden, die Arbeiterwohlfahrt und die Sozialstationen betroffen.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Internationales Jugendworkcamp

Der **Bürgermeister** weist darauf hin, dass das internationale Jugendworkcamp im laufenden Jahr 2010 nicht durchgeführt werde und somit Mittel in Höhe von € 6.000,- eingespart werden könnten.

Einzelplan 5

Kinderspielplätze

Der **Bürgermeister** erläutert, dass sich die Ausgabeposition für ca. 30 Spielplätze im Stadtgebiet auf jährlich € 90.000,- belaufe. Damit bewege man sich bereits heute auf dem geringstmöglichen Level.

Stadträtin Friedlmeier wünscht sich ein Gesamtkonzept für die Spielplätze in der Stadt. In diesem Zusammenhang müsse geprüft werden, ob mit der Schließung entbehrlicher Anlagen und dadurch frei werdender Mittel andere Plätze attraktiver gestaltet werden könnten. Dazu müssten die Bewohnerstrukturen im Umfeld von Spielplätzen insbesondere in Bezug auf die Altersentwicklung untersucht werden.

Stadtrat Schoo unterstützt seine Vorrednerin. Grundlage für die künftige Entwicklung der Kinderspielplätze müsse eine vernünftige Planung sein.

Ortsvorsteher Thelen sieht in einer Konzeption einen eher theoretischen Nutzen. Möglicherweise komme man bei den Untersuchungsarbeiten zu der Erkenntnis, dass neue Spielplätze erforderlich seien. Dies könne man sich ersparen.

Überdies halte er die Normen für Kinderspielplätze für zweifelhaft. Durch die Normierung werde verhindert, dass Eltern bei der Gestaltung der Anlagen selbst Hand anlegen könnten.

Stadtrat Schoo misst den von seinem Ratskollegen kritisierten DIN-Normen eine große Bedeutung bei, da nur so der Unfallschutz gewährleistet werden könne.

Der **Bürgermeister** stellt fest, dass der größte Ausgabenbrocken das Personal betreffe, welches im Rahmen der erforderlichen Verkehrssicherungspflicht tätig sei. Im Übrigen seien die Spielplätze mit Ausnahme der Innenstadt gut im Stadtgebiet verteilt.

Stadträtin Haeisen spricht sich dagegen aus, eine Spielplatzkonzeption nur an der Altersstruktur festzumachen. Aktuell überalterte Wohnquartiere würden sukzessive wieder von jungen Familien belegt.

Stadtrat Maier plädiert für die Beibehaltung der aktuellen Struktur. Keinesfalls dürften Kinderspielplätze entwidmet werden, da ansonsten die Gefahr eines dauerhaften Wegfalls bestehe. Möglicherweise könnten die laufenden Kosten bei der Bestückung von Kinderspielplätzen mit neuen Geräten nach unten gedrückt werden.

Stadträtin Vögtle erkundigt sich nach Patenschaften für Kinderspielplätze.

Der **Bürgermeister** entgegnet, dass die der Stadt obliegende Verkehrssicherungspflicht nicht auf Eltern übertragen werden könne. Außerdem zeige die Erfahrung, dass Patenschaften hauptsächlich in dörflichen Gemeinschaften funktionieren würden, jedoch nicht im städtischen Bereich.

Stadtrat Gürakar empfiehlt eine Bestandsaufnahme der Spielplätze und die Einhaltung der Sicherheitsnormen. Dabei müsse geprüft werden, ob auf einen Teil der 30 Anlagen verzichtet werden könne.

Stadtrat Hansmann befürwortet ebenfalls eine Reduktion der Kinderspielplätze. Der Bedarf an solchen Anlagen könne anhand einer Belegungsanalyse festgestellt werden.

Stadträtin Hau Eisen hält die Umsetzung von Kinderspielplatzpatenschaften in Obersäckingen und in den Ortsteilen für denkbar. Es gehe nun um die Entwicklung eines transparenten Konzeptes, um das Interesse der Eltern an einem bürgerschaftlichen Engagement zu wecken.

Der **Bürgermeister** hält es grundsätzlich für möglich, die Bürgerschaft mit einzubinden. Er bezweifle jedoch, dass hierdurch ein Einsparungseffekt erzielt werden könne, da die Stadt geschultes Personal zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit der Spielplätze stellen müsse.

Stadtrat Gürakar regt an, über das Sponsoring von Spielgeräten durch Firmen nachzudenken.

Der **Bürgermeister** schließt Sponsoring nicht aus, weist aber darauf hin, dass die Stadt für die Verkehrssicherheit der Geräte auf öffentlichen Plätzen zuständig sei. Grundsätzlich sehe er die Notwendigkeit, die Geldmittel für Kinderspielplätze aufzustocken, jedoch sei dies aufgrund der schwierigen finanziellen Situation nicht machbar.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf. Die Stadtverwaltung wird um Vorlage einer Kinderspielplatzkonzeption gebeten.

Walderholungsmaßnahmen

Der **Bürgermeister** nennt den Trimm-Dich-Pfad als typische und von der Bürgerschaft gerne in Anspruch genommene Walderholungsmaßnahme.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Wildgehege

Der **Bürgermeister** erinnert, dass sich die Struktur- und Sparkommission bereits in nichtöffentlicher Sitzung darin einig gewesen sei, an dieser Haushaltsposition nichts zu ändern. Das Wildgehege werde von Bürgern und Gästen stark frequentiert.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Naturnahe Flächen (Biotop)

Der **Bürgermeister** nennt die Biotope in Rippolingen, Harpolingen und Bad Säckingen als extensiv bewirtschaftete naturnahe Flächen.

Die Struktur- und Sparkommission sieht in dieser Sache keinen Handlungsbedarf.

Förderung des Sports

Der **Bürgermeister** schlägt vor, die Beratung dieses Punktes zurückzustellen, bis man mit dem Thema „Vereinsförderung“ vorangekommen sei.

Stadtrat Schoo stimmt diesem Vorschlag grundsätzlich zu. Jedoch sei die Vereinsförderung aktuell heftig in der Diskussion. Die Kulturvereine seien deshalb gefordert, ähnlich wie die Sportvereine Daten zu Mitgliederzahlen, Mitgliedsbeiträgen sowie Art, Weise und Häufigkeit der von ihnen genutzten Einrichtungen zu liefern. Die analoge Entwicklung einer Matrix, wie sie bereits vom Sportausschuss präsentiert worden sei, sei notwendig, um die Sport- und Kulturvereine miteinander vergleichen zu können. Er sei optimistisch, dass diese Aufgaben im Laufe der Sommerferien erledigt werden könne.

Der **Bürgermeister** bezweifelt, ob der von Stadtrat Schoo geäußerte Wunsch den Struktur- und Sportausschuss in der Sache voranbringen werde.

Stadtrat Thelen hält eine solche Vorgehensweise ebenfalls für problematisch.

Stadtrat Hansmann bezeichnet die Anregung seines Ratskollegen Schoo als im Grundsatz richtig. Die aufbereiteten Daten könnten Ausschuss und Gemeinderat als Entscheidungsbasis dienen. Dies gelte insbesondere auch im Zusammenhang mit der nach wie vor notwendigen Jugendförderung.

Stadtrat Pfeiffer fragt nach der Möglichkeit, den Pächter der Gaststätte im Hoahrhein-Stadion an den Reinigungskosten für die sanitären Anlagen und Umkleidekabinen zu beteiligen.

Der **Bürgermeister** sichert zu, in dieser Angelegenheit auf den Pächter zuzugehen.

Stadträtin Vögtle erkennt, dass die Vereine in ihren Strukturen und Aktivitäten viel zu unterschiedlich seien. Sie schlägt deshalb vor, analog zur Handhabung beim Stadtjugendring ein Budget für Vereinsförderung festzulegen, aus dem Mittel nur noch auf Antrag abgerufen werden könnten.

Stadtrat Maier sympathisiert mit der Anregung seiner Vorrednerin. Er sei dafür, eine gedeckelte Summe für besondere Ereignisse in den Haushalt einzustellen und hieraus den Vereinen auf Antrag Zuschüsse zu ermöglichen.

Stadtrat Gürakar setzt sich dafür ein, über Zuschussanträge von Vereinen im Gemeinderat von Fall zu Fall zu entscheiden.

Stadtrat Pfeiffer interessiert sich für die heute diskutierte Summe der Vereinsförderung.

Stadtkämmerin Huber nennt einen Gesamtbetrag von € 91.700,-- pro Jahr.

Stadtrat Schoo geht davon aus, dass die von ihm ins Gespräch gebrachte Erarbeitung einer Übersicht machbar und der Aufwand hierfür nicht allzu groß sei. Die Aufstellung sei im Ergebnis wichtig für eine transparente Diskussion zur gerechten Verteilung der Zuschussmittel.

Die Struktur- und Sparkommission beauftragt die Verwaltung, die vom städtischen Sportausschuss bereits präsentierten Daten zusammenzufassen und in geeigneter Weise darzustellen. Gleichzeitig sind von den Kulturvereinen in entsprechender Weise Daten zu erheben, zusammenzufassen und zu präsentieren. Insbesondere sind die Mitgliederzahlen, die Mitgliedsbeiträge sowie Art, Weise und Frequenz der Nutzung von städtischen Einrichtungen zu erheben.

Park- und Gartenanlagen

Der **Bürgermeister** erinnert, dass die Personalkosten des Technischen Dienstes bereits in nichtöffentlicher Sitzung diskutiert worden seien. Es werde nicht an Personal, sondern an Leistungen gekürzt. Strukturelle Änderungen würden wiederum Einsparungen im personellen Bereich bewirken. Die Verwaltung werde in der Sitzung der Struktur- und Sparkommission am 20. September 2010 eine detaillierte Auflistung der strukturellen Veränderungen und eingesparten Personalkosten vorstellen.

Stadtmusik

Der **Bürgermeister** weist darauf hin, dass die Stadtmusik eine städtische Einrichtung und kein eingetragener Verein sei. Die Finanzierung des Dirigenten durch die Stadt sei historisch bedingt.

Stadtrat Maier plädiert dafür, diese städtische Einrichtung Zug um Zug aufzulösen und in einen eingetragenen Verein zu überführen. In diesem Zusammenhang könne dann auch überlegt werden, den Verein ebenfalls sukzessive an den Personalkosten für den Dirigenten zu beteiligen.

Der **Bürgermeister** hält die Überführung der Stadtmusik in einen eingetragenen Verein für machbar. Damit sei das Thema Personalkosten aber nicht vom Tisch, da es sich bei Stadtmusikdirektor Brenke um einen unkündbaren Mitarbeiter handle.

Stadtrat Maier will mittelfristig nicht an der Personalie des Dirigenten rühren und den Verein Stadtmusik für eine Beteiligung an den Personalkosten gewinnen.

Der **Bürgermeister** kündigt für nächste Woche ein Gespräch mit dem Vorstand der Stadtmusik an.

Stadtrat Hansmann ist mit dieser Vorgehensweise grundsätzlich einverstanden. Die Auflösung einer städtischen Einrichtung stelle für den Gemeinderat eine Frage der Abwägung dar. Außerdem müssten verantwortliche Personen gefunden werden, die bereit seien, mit der Stadtmusik den Vereinsweg zu beschreiten. Die Tätigkeit des Musikdirektors könne aufgesplittet und mit der Zuweisung neuer Aufgabenbereiche verbunden werden. Gleichzeitig müssten die Zahlungen der Stadt für die Dirigententätigkeit zurückgefahren werden.

Der **Bürgermeister** schließt die Beratung des Einzelplanes 5 ab. In der Sitzung am 20. September 2010 würden die Einzelpläne 6, 7 und 8 behandelt. In der darauffolgenden Zusammenkunft am 11. Oktober 2010 werde die Verwaltung eine Gesamtübersicht der von der Struktur- und Sparkommission erarbeiteten Ergebnisse vorlegen.

Information über mögliche Varianten der Kinder- und Jugendarbeit in Bad Säckingen

Kreisjugendreferentin Vollmer-Freda und **Kinder- und Jugendreferent Knorre** erläutern zunächst die Arbeitsfeldprofile eines Jugendhausmitarbeiters, einen kommunalen Jugendreferenten und eines mobilen Jugendarbeiters. Anschließend treffen sie Aussagen zur mobilen Jugendarbeit und zur Personalkosten- und Raumsituation. Nach einer Beschreibung des Status quo im Kinder- und Jugendhaus befassen sie sich abschließend im Detail mit drei möglichen Szenarien einer Kinder- und Jugendarbeit in Bad Säckingen:

Szenario A: „Familienfreundliche Kommune“

Szenario B: „Streetworker“

Szenario C: „Mehr Kinder- und Jugendarbeit außer Haus“

Der **Bürgermeister** ergänzt die Aufzählung um ein viertes Szenario, das die Schließung des Kinder- und Jugendhauses zum Jahresende beinhaltet. Dies entspräche der nichtöffentlichen Empfehlung der Kommission, sofern bis Ende 2010 kein neues Konzept vorgelegt werde. Er gehe jedoch davon aus, dass hieran im Gemeinderat kein ernsthaftes Interesse bestehe.

Stadtrat Thelen erkundigt sich nach der Jugendarbeit in den Stadtteilen.

Kinder- und Jugendreferent Knorre weist darauf hin, dass er im Ortsteil Wallbach engagiert gewesen sei und gerne auch nach Rippolingen oder Harpolingen kommen werde, wenn ein entsprechender Ruf erfolge. Im Übrigen sei das Kinder- und Jugendhaus personell zu knapp besetzt, um dauerhaft Kapazitäten für die Ortsteile zur Verfügung stellen zu können. Darüber hinaus dürfe auch nicht vergessen werden, dass der Arbeitsschwerpunkt eines städtischen Jugendreferenten in der Planung und nicht im operativen Geschäft liege.

Stadträtin Vögtle ist darüber erschüttert, dass der Beirat Kinder und Jugend so viel Arbeitskapazität bindet und fordert dessen Auflösung. Die Darstellung von Herrn Knorre erwecke den Eindruck, dass die Kinder- und Jugendarbeit tot verwaltet werde. Die CDU-Fraktion fordere deshalb alternativ ein, sich mit der integrativen Jugendarbeit von

„AWOCADO“ zu beschäftigen, die sich nicht an eingefahrene Strukturen klammere. Sie halte es aber auch für denkbar, sich an anderen Konzepten zu orientieren. Jedenfalls entspreche das in Bad Säckingen für die Kinder- und Jugendarbeit eingesetzte Geld in keinem Fall der erwünschten Wirkung.

Kinder- und Jugendreferent Knorre unterstreicht das Erfordernis organisatorischer und vernetzender Arbeit eines Kinder- und Jugendreferenten.

Stadtrat Schoo ist klar geworden, dass die Stadt mit Einrichtung eines Kinder- und Jugendreferats nicht an planender Arbeit und Vernetzung von Strukturen vorbeikomme. Es müsse allen Beteiligten bewusst sein, dass die Referentenfunktion zu Lasten des operativen Geschäfts „an der Front“ gehe. Im Übrigen begrüße er, dass das vom Beirat Kinder und Jugend ausgearbeitete Leitbild als Diskussionsgrundlage in drei denkbare Szenarien umgesetzt worden sei. Vor diesem Hintergrund verwehre er sich gegen die Aussage seiner Ratskollegin Vögtle, dass die Kinder- und Jugendarbeit vom Beirat „tot verwaltet“ worden sei. Er interpretiere diese Äußerung als Missachtung des Gremiums.

In einem weiteren Schritt müssten die Szenarien nun in den Fraktionen diskutiert und beraten werden.

Stadträtin Vögtle stellt richtig, dass sie dem Beirat keine schlechte Arbeit vorgeworfen, sondern lediglich festgestellt habe, dass die Arbeitsgruppe Kräfte gebunden habe, die eigentlich der operativen Jugendarbeit zugute kommen müssten.

Stadträtin Friedlmeier bedankt sich für eine gelungene Präsentation von Fakten und Zielen, mit denen die Bedeutung eines Kinder- und Jugendhauses für das Gemeinwesen herausgestellt werde. Ein Streetworking sei als zusätzliches Angebot zu begrüßen, dürfe aber in keinem Fall zu Lasten der Arbeit im Kinder- und Jugendhaus gehen. Um in der Sache voranzukommen, müsse möglichst rasch eine Entscheidung darüber getroffen werden, welches der vorgestellten Szenarien von Kinder- und Jugendreferent Knorre in ausgearbeiteter Form bis Ende 2010 als Konzept für die Kinder- und Jugendarbeit vorzulegen sei.

Stadtrat Maier bekräftigt, dass der heutige Abend lediglich der Information diene und keine Entscheidung herbeigeführt werden solle. Ganz offensichtlich entzünde sich die Diskussion über die Jugendarbeit an der Proportion der Aufgabenverteilung. Insbesondere gelte es, die Referententätigkeit und die Tätigkeit eines im operativen Geschäft eingebundenen Mitarbeiters zu gewichten. Er spreche sich strikt dagegen aus, den Stellenanteil für den Referenten hochzuzonen. Mit den zur Verfügung gestellten Mitteln solle Arbeit mit und an Jugendlichen geleistet werden. Zwar habe der Gemeinderat dem Leitbild des Beirats Kinder und Jugend zugestimmt. Dennoch müsse es erlaubt sein, hinsichtlich des Jugendhauses und der Räumlichkeiten weiterhin offen nachzudenken.

Kreisreferentin Vollmer-Freda stellt fest, dass die Mitarbeiter im Kinder- und Jugendhaus einer Neugestaltung ihres Aufgabenbereiches nicht ablehnend gegenüberstünden. Die Reform dürfe aber nicht an einer prozentualen Verteilung der Aufgabeninhalte festgemacht werden. Für besser halte sie den Abschluss einer Zielvereinbarung, in welcher der Gemeinderat dezidiert festlegen müsse, wie er sich die Kinder- und Jugendarbeit in Bad Säckingen vorstelle.

Gerne breche sie eine Lanze für das vom Beirat Kinder und Jugend entwickelte Leitbild. Es handle sich hierbei um eine hervorragende und inhaltlich starke Arbeit, auf der konstruktiv aufgebaut werden könne.

Stadtrat Gürakar macht den Stellenwert der präventiven Jugendarbeit für die Kommune deutlich. Er bitte um Information, was der Landkreis Waldshut leiste, um Ausfälle in der kommunalen Jugendarbeit aufzufangen, wenn diese für die Stadt finanziell nicht mehr leistbar sei. Aus einer Vernachlässigung der Jugendarbeit vor Ort würden für das Gemeinwesen in Zukunft gewaltige Kosten resultieren.

Stadträtin Hau Eisen misst der Kinder- und Jugendarbeit ebenfalls eine große Bedeutung bei. Es gehe nun darum, ausgehend vom Leitbild die angestrebten Ziele in Form einer Zielvereinbarung zu definieren. Dabei müssten auch sich ändernde Strukturen beachtet werden. So hätten sich mit Einführung der Ganztageschule auch die Anforderungen an die Jugendarbeit verändert. Es gehe nicht darum, sich von der Kinder- und Jugendarbeit zu verabschieden, sondern diese auf neue Beine zu stellen. Der Kultur- und Sozialausschuss sei nun gefordert, sich mit den speziellen Bedürfnissen der Stadt in der Kinder- und Jugendarbeit zu befassen und klare Vorgaben mit Schwerpunkt „Familienfreundliche Stadt“ herauszuarbeiten.

Stadtrat Schoo macht darauf aufmerksam, dass die Stadt bei einer Fortsetzung der kommunalen Jugendarbeit weiterhin an zumindest zwei Mitarbeiter gebunden sei. Erforderlich sei eine weibliche und eine männliche Bezugsperson.

Auf Anfrage von **Stadträtin Friedlmeier** bestätigt **Kreisjugendreferentin Vollmer-Freda**, dass sie der Stadt als Beraterin zur Verfügung stehe.

Stadtrat Hansmann wäre für eine Konkretisierung der Kostenpositionen für die einzelnen Szenarien dankbar.

Der **Bürgermeister** sichert entsprechende Informationen zu.

Kreisjugendreferentin Vollmer-Freda weist darauf hin, dass der Landkreis für die Arbeit im Kinder- und Jugendhaus einen Zuschuss von rd. € 20.000,- pro Jahr leiste. Die Beratung durch das Kreisjugendreferat zur Umsetzung des Leitbilds in Bad Säckingen erfolge kostenlos.

Der **Bürgermeister** stellt fest, dass das Thema Jugendhaus und freie Träger in der Jugendarbeit seit Jahren ständig im Gemeinderat präsent sei. Ein Grundproblem sei die Unzufriedenheit des Gremiums mit dem Kinder- und Jugendhaus einerseits, der Mangel an klaren Zielvorgaben andererseits. Es sei mangels Fachkompetenz nicht Aufgabe der Stadtverwaltung, Konzepte und Zielvereinbarungen auszuarbeiten. Der Gemeinderat müsse deutlich sagen, was er an Änderungen für die Zukunft wünsche.

Kritik am Jugendhaus komme auch von den Vereinen, wobei es schwierig sei, Gegenargumente zu liefern. Im Tenor könne es immer nur heißen, dass das Kinder- und Jugendhaus spezielle Strukturen für spezielle Jugendliche biete.

Als Fazit sei festzuhalten, dass die Kinder- und Jugendarbeit allseits für wichtig gehalten werde. Dennoch müsse die Frage erlaubt sein, was sich die Stadt noch leisten könne. Nach der heutigen 6. Sitzung der Struktur- und Sparkommission lasse sich nicht von der Hand weisen, dass bislang noch keine wesentlichen Strukturen auch nur ansatzweise verändert

worden seien. Der Diskussionsstand lasse sich durchaus mit dem Thema „Ortsverwaltungen“ vergleichen. Auch hier werde an den bisherigen Strukturen festgehalten und sogar noch deren Ausbau gewünscht.

Wenn der Gemeinderat sich nicht zu gravierenden strukturellen Änderungen durchringe, werde man nicht umhinkommen, weitere Einnahmen aus einer drastischen Erhöhung der Grundsteuer zu generieren. Nach der Sommerpause stünden weitere Beratungen zu diesem Thema an. Er rate allen Beteiligten, die Zeit bis dahin intensiv zum Nachdenken zu nutzen.

Volkshochschule Bad Säckingen

Stadtkämmerin Huber nimmt Bezug auf eine Berichterstattung in der örtlichen Presse, wonach die Volkshochschule Bad Säckingen erhebliche Defizite produziere. Der Bildungseinrichtung müsse zugute gehalten werden, dass sie vieles leiste, um einer defizitären Entwicklung entgegenzuwirken. Im Landesvergleich liege die Bad Säckinger Volkshochschule mit ihren Bemühungen im Vordergrund.

Familienfreundliche Stadt

Stadträtin Vögtle weiß, dass sich viele junge Familien gegen einen Umzug nach Bad Säckingen entscheiden, weil hier die Grundsteuer zu hoch sei. Sie fordere deshalb ihre Ratskolleginnen und –kollegen auf, die Strukturen in allen Haushaltspositionen so zu ändern, dass weitere Steuererhöhungen vermieden werden können.

Der Bürgermeister:

Der Protokollführer: